

Rede des Herrn Bundespräsidenten beim 18. ÖGB-Bundeskongress am 18. Juni 2013

Ich darf mich zunächst sehr herzlich für die Einladung zum 18. Bundeskongress des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bedanken.

Immerhin zählt der ÖGB zu den einflussreichsten und erfolgreichsten Gewerkschaftsbewegungen in Europa. Er verbindet Durchsetzungsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein in eindrucksvoller Weise.

Und wenn sich ein in Österreich geborener kanadischer Industrieller und Milliardär massiv gegen den ÖGB wendet, dann ist das im Grunde ein großes Kompliment für den ÖGB!

Ich stelle eine simple Frage: Wer arbeitet mehr und mit mehr Erfolg an der Erhaltung der Kaufkraft, an der Überwindung der Arbeitslosigkeit und an der Lösung anderer Probleme, die es derzeit in Österreich gibt: Der ÖGB oder der Industrielle aus Kanada?

Die Antwort ist wohl eindeutig!

Europa bekennt sich seit Jahrzehnten im Prinzip zur sozialen Marktwirtschaft. Aber ist die Marktwirtschaft im Europa des Jahres 2013 wirklich sozial? So sozial wie sie sein könnte und sein müsste? Ist die Zahl der Arbeitslosen in Europa sozial?

Ist die Vermögensverteilung und die Lastenverteilung sozial und gerecht?

Ist es gerecht, wenn man in „Die Presse“ von gestern z.B. lesen konnte, dass der Großkonzern AMAZON bei einem Umsatz von 4,9 Mrd. Euro für das Jahr 2012 etwas weniger als 0,6 Promille Gewerbesteuer gezahlt hat?

Ist es sozial und Ausdruck eines funktionierenden Marktes, wenn man mit Spekulationen auf die Entwicklung von Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen in wenigen Sekunden mehr verdienen kann als alle Arbeiter und Angestellten eines mittleren Unternehmens zusammen in einem ganzen Jahr?

Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Österreich gehört wohl zu jenen Ländern, wo stabile politische Verhältnisse, starke Gewerkschaften, Sozialpartnerschaft und ein jahrzehntelanges Aufbauwerk im Bereich der sozialen Sicherheit in Summe dazu führen, dass unser Land, wie sich an vielen Kennzahlen unserer Volkswirtschaft ablesen lässt, besser dasteht als viele andere Länder Europas.

Wir können stolz sein auf das, was wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben! Aber das darf nicht als Ruhekissen in Bezug auf Zukunftsaufgaben betrachtet werden.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war in Europa noch mitgeprägt vom Antagonismus zwischen kommunistischer Zentralverwaltungswirtschaft und einem schaumgebremsten Kapitalismus, der durch den Einfluss sozialdemokratischer und christdemokratischer Parteien gezügelt und mitgestaltet wurde. Diese Konstellation war mehr als vier Jahrzehnte tonangebend und stand im erfolgreichen Wettbewerb mit der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft in Osteuropa.

Natürlich hat der Zusammenbruch des Kommunismus die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes von einer Reihe von Problemen und Fesseln befreit und ihnen mehr Freiheit gebracht.

Aber in Teilen Europas hat man den Zusammenbruch des Kommunismus taxfrei als Sieg des Kapitalismus betrachtet und gab sich verstärkt der Illusion hin, dass der Markt ohnehin alles regelt, wenn man ihn nur lässt, und eine ungezügelter Marktwirtschaft daher viel besser funktionieren würde, als eine soziale Marktwirtschaft mit ihrem Streben nach sozialer Balance.

Der absurde Satz „Lassen Sie ihr Geld arbeiten“ – als ob es nicht ausschließlich Menschen waren, die arbeiten - schien vielen attraktiver als das Prinzip „Lassen wir die Menschen arbeiten, indem wir der Sicherung von Arbeitsplätzen Vorrang einräumen.“

Die Parole „Mehr privat und weniger Staat“ als Überschrift für eine umfassende Deregulierungspolitik hatte die Schwächung des Staates zum Ziel, der einer ausufernden Deregulierungspolitik im Wege steht – schwächte aber auch die soziale Komponente einer sozialen Marktwirtschaft.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat inzwischen zu einer beträchtlichen Ernüchterung geführt. Auch in Brüssel oder beim Internationalen Währungsfonds.

Tatsächlich halte ich den modernen demokratischen Leistungsstaat für eine der großen Errungenschaften der Zivilisationsgeschichte, wobei leicht nachzuweisen ist, dass auch das Funktionieren unserer Demokratie die Existenz leistungsfähiger staatlicher Strukturen geradezu voraussetzt.

Dazu kommt, dass der Sozialstaat ein wichtiger Faktor des sozialen Ausgleichs und der Existenzsicherung in unserer Gesellschaft ist.

Auch die christliche Soziallehre kann und will auf den Sozialstaat nicht verzichten. Tatsächlich kann man nicht für Menschenrechte und soziale Grundrechte eintreten, alle Menschen als gleich an Rechten und Würde definieren, die Menschenwürde als unteilbar bezeichnen, etc. - wenn man nicht gleichzeitig soziale Symmetrie, soziale Grundrechte und Gerechtigkeit als unverzichtbare Konstruktionselemente einer Gesellschaft der Menschenwürde betrachtet.

Mit Recht hat daher der ÖGB das Prinzip Gerechtigkeit zu seinem Tagungsmotto gewählt.

Niemand darf unterschätzen, wie wichtig Gerechtigkeit für das subjektive Empfinden einzelner Menschen, aber auch für die Befindlichkeit und Stabilität der Gesellschaft insgesamt ist.

Gerechtigkeit ist eine moralische Kategorie und ein politischer Imperativ.

Sie sorgt aber auch dafür, dass die Proportionen in einer Gesellschaft stimmen.

Es kann nicht gerecht sein, wenn die Reichen national und global immer reicher werden, die untere Hälfte der gesellschaftlichen Pyramide aber immer weiter zurückbleibt.

Konkret formuliert: Die Kurve der Vermögensverteilung in Österreich entfernt sich immer weiter von der Kurve der erbrachten Leistungen.

Ich scheue mich nicht zu sagen, dass eine Synthese der Positionen des ÖGB, der christlichen Kirchen in Österreich und der großen karitativen Organisationen dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und eines fairen gesellschaftlichen Ausgleiches viel näher kommt als manche Thesen, die offenbar in Vorwahlzeiten besonders kantig formuliert werden und bis zu offener Gewerkschaftsfeindlichkeit reichen.

Eine solidarische europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik muss also auf eine faire Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen abzielen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Recht auf Arbeit.

Daraus resultiert ein gemeinsames Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Jugendlichen, Älteren und sozial Benachteiligten in Österreich und in ganz Europa an einer Politik, die mehrere Dimensionen hat: Beschäftigungsfördernde Konjunkturpolitik, gerechte, soziale Sicherungsnetze, ausreichende und ausgleichende europäische Zusammenarbeit, Leistungsanreize, seriöse Finanz- und Haushaltspolitik einschließlich wirksamer Bekämpfung von Steuerhinterziehung und von Steueroasen, d.h. mit einem Wort: Gerechtigkeit im besten und weitesten Sinn des Wortes.

Glauben Sie mir: Politische Stabilität, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung hängen viel enger zusammen als viele meinen.

Eine solche Politik kann und soll nicht gegen die Gewerkschaften, sondern in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gemacht werden. Und nicht im Wettbewerb der Egoisten der Nationalstaaten, sondern auf der Basis europäischer Zusammenarbeit.

Die Schlussfolgerung lautet: Wir müssen im Bemühen um Gerechtigkeit erfolgreich sein.

Es muss uns gelingen, das Krebsübel Korruption erfolgreich zu bekämpfen. Wir wollen eine Politik der sauberen Hände durchsetzen.

Wir brauchen Erfolge auf dem Gebiet der Mitbestimmung und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und es ist unsere Aufgabe in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik gemeinsame konkrete Fortschritte zu erzielen.

Auf dieser Basis sind wir in Österreich für die Lösung der Probleme der nächsten Jahre gut aufgestellt.

In diesem Sinn danke ich der Österreichischen Gewerkschaftsbewegung, der ich mich sehr verbunden fühle, für Ihre Arbeit seit dem letzten Kongress und wünsche dem ÖGB auch für die nächsten Jahre viele Erfolge im Interesse seiner vielen Mitglieder und damit auch im Interesse Österreichs.

Ein herzliches Glückauf!